



Original sozial

Kommunalwahlprogramm für
Dortmund

DIE LINKE.
Kreisverband Dortmund

Inhaltsverzeichnis

Wer DIE LINKE wählt, wählt sich selbst	5
1. Sozial- und Beschäftigungspolitik von A-Z	7
2. Wirtschaftspolitik	26
3. Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen	28
4. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit	30
5. Zuwanderung, Menschenrechte, Solidarität	32
6. Kultur, Sport, Freizeit	34
7. Umweltpolitik von A bis Z	38
8. Verkehrspolitik von A bis Z	41
9. Über den Kapitalismus hinaus	45

DIE LINKE.

Kreisverband Dortmund

DIE LINKE Kreisverband Dortmund
Münsterstr. 141, 44145 Dortmund
Telefon: 0231/4759196
E-Mail: info@dielinke-dortmund.de
V.i.S.d.P. Christian Seyda,
Kreisgeschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren Aktivitäten
finden Sie unter www.dielinke-dortmund.de

Wer DIE LINKE wählt, wählt sich selbst

„Eine andere Welt ist möglich.“ Das ist das Motto der sozialen Bewegungen. Und DIE LINKE ergänzt: Auch ein anderes Dortmund ist möglich. Ein Dortmund, das nicht immer neuen Leuchtturmprojekten hinterherjagt und in dem niemand mehr in die soziale Isolation gedrängt wird. Ein Dortmund, das für alle die gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe sichert: bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, wenig Verkehrsbelastung und eine intakte Umwelt, gute Schulen und Kindereinrichtungen, bezahlbare Kultur- und Sportangebote, ein dichtes Nahverkehrssystem mit niedrigen Fahrpreisen. DIE LINKE kämpft dafür. DIE LINKE ist keine Stellvertreterpartei, sondern ein Angebot an alle, die aufstehen wollen für eine bessere Welt.

DIE LINKE hat sich gegründet und nimmt an Wahlen teil, um all denen eine Stimme zu geben, die verschwiegen und übergangen werden. DIE LINKE macht keine leeren Versprechen. Gerade in der Kommune wird nur etwas zu bekommen, zu erreichen sein, wenn es genügend öffentlichen Druck gibt, wenn sich die Menschen für die Durchsetzung ihrer Belange mobilisieren. DIE LINKE wird sich deshalb vorrangig um die Menschen im Stadtteil und in den Betrieben, an Schulen, Universitäten und öffentlichen Einrichtungen kümmern. DIE LINKE setzt sich ein für die Stärkung der Jugend. Sie fördert Freiräume für die Jugend, in denen sich eine durch linke Kräfte vorangetriebene Erziehung zur Mündigkeit, Solidarität und sozialer Kompetenz organisieren kann. Die individuelle Entwicklung von Jugendlichen steht vor Profit- und Kapitalinteressen. Für DIE LINKE ist klar: Eine starke Jugend ist unsere Zukunft.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE in den Räten und Bezirksvertretungen werden sich nicht bereichern, sich nicht am Parteienklüngel beteiligen, sondern sich an der Seite der Bevölkerung engagieren. DIE LINKE steht für vielfältige Aktivitäten der Selbstbestimmung und des Widerstands. DIE LINKE will bürgerschaftliche Beiräte auf allen wichtigen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik. Sie will umfassende Bürgerbeteiligung auch und gerade in Haushaltsfragen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Dortmund der Bürgerhaushalt eingeführt wird. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes erstreckt sich über mehrere Jahre und muss vor Ort entwickelt werden. Sobald wie möglich muss der gesamte Haushalt von Kommunen in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden. So wird eine direkte Mitwirkung der Menschen an der kommunalen Schwerpunktsetzung möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vorgelassen werden. DIE LINKE steht an der Seite von Verkehrs-, Umwelt-, Erwerbslosen-, Friedensinitiativen und -gruppen sowie schulpolitischen und emanzipatorischen Initiativen und Gruppen. Sie setzt sich für eine hochwertige Kultur für alle ein. Sie steht an der Seite

der eingewanderten Bevölkerung, der Flüchtlinge und Menschen ohne Papiere – für Integration und Gleichstellung und eine Politik der ausgestreckten Hand. Sie kämpft für eine barrierefreie Stadt nach dem Grundsatz: „Behindert ist niemand, Menschen werden behindert.“ Sie setzt sich für die Belange der Seniorengeneration ein, für ein würdevolles Leben im Alter, gegen Ausgrenzung und Vereinsamung.

Diese Politik der Selbstbestimmung und des Widerstands ist bunt, radikal und auch widersprüchlich. Sie entspricht in keiner Weise den glatten Konzepten und technokratischen Modellen aller anderen Parteien. Aber sie hat all den anderen etwas voraus: Sie ist Leben. Ein anderes Dortmund ist möglich, eine andere Welt ist möglich. Diese andere Welt soll „keine Ware“ mehr sein.

DIE LINKE stellt sich in die Tradition der weltumspannenden Bewegung für den Sozialismus, der für das Zusammenleben freier Individuen in einer solidarischen Gemeinschaft kämpft. Für DIE LINKE gehören Sozialismus und Demokratie zusammen. „Movimiento para el socialismo – Bewegung für den Sozialismus“ – das ist DIE LINKE in Dortmund wie in der Welt.

1. Sozial- und Beschäftigungspolitik von A-Z

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote in Dortmund beträgt 12,6%. Von Arbeitslosigkeit betroffen sind über 40.000 erwerbsfähige Personen, von Langzeitarbeitslosigkeit über 22.000 Menschen. Die Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen verletzt die Menschenwürde und zieht einen Teufelskreis von sozialen Problemen nach sich. Dazu gehört die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen für den notwendigen Lebensunterhalt. Der Dortmunder Sozialbericht 2008 zeigt: Von Fürsorgeleistungen des Arbeitslosengeldes II und der Sozialhilfe leben in Dortmund über 103.500 Menschen. Die Armutsquote beträgt in Dortmund 17,7%. Jeder fünfte Dortmunder ist von Armut betroffen oder bedroht. Hauptursache der Armut ist die Arbeitslosigkeit. In Dortmund zeichnet sich eine bittere Geographie der Arbeitslosigkeit und Armut ab. In manchen Sozialräumen Dortmunds beträgt die Armutsquote von Arbeitslosen und ihren Angehörigen 30-40%.

DIE LINKE sagt klar: Arbeit ist ein Menschenrecht. Das Recht auf Arbeit muss im Grundgesetz verankert werden. Jede und jeder hat ein Recht auf Arbeit. DIE LINKE nimmt auch den Artikel 24 der Landesverfassung NRW ernst: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“

DIE LINKE steht für: eine Politik der Vollbeschäftigung.

DIE LINKE fordert: Öffentlich finanzierte Beschäftigungsprogramme zur Eingliederung von Arbeitslosen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Arbeitslosengeld I

Arbeitslosigkeit bedarf der sozialen Absicherung durch eine Sozialversicherung. Soziale Fürsorge ist die falsche Antwort auf die Arbeitslosenfrage. Mit den HARTZ-Reformen ist die Höhe des Arbeitslosengeldes I gekürzt, sind immer mehr Hürden für den Anspruch auf das Arbeitslosengeld I aufgestellt worden. Das Resultat: Immer weniger Arbeitslose erhalten ein immer niedrigeres und kürzer dauerndes Arbeitslosengeld I. Immer mehr Arbeitslose rutschen immer schneller und länger in die Sozialfürsorge des Arbeitslosengeldes II.

DIE LINKE sagt klar: Der Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit muss wieder hergestellt werden. Das Arbeitslosengeld I muss erhöht, die Anspruchsdauer muss verlängert und die Anspruchsvoraussetzungen müssen vereinfacht werden.

DIE LINKE fordert: Aufnahme von prekär Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten in den Versicherungsschutz des ALG I.

DIE LINKE fordert: Erhöhung des ALG I für Saisonbeschäftigte, Teilzeitbeschäftigte und Geringverdienende durch Einführung einer existenzsichernden Mindestbemessungsgrundlage.

DIE LINKE fordert: Förderung von Arbeitslosen zur Erlangung von Berufsabschlüssen.

DIE LINKE fordert: Ein öffentlich finanziertes Lehrstellenprogramm für junge Arbeitslose ohne Berufsausbildung.

Armut trotz Arbeit

Armut trotz Arbeit – davon sind immer mehr Beschäftigte betroffen. Die Löhne im Niedriglohnsektor und für prekär Beschäftigte reichen nicht mehr aus, die Existenz zu sichern und das Leben zu planen. Nach der letzten Einkommens- und Lohnsteuerstatistik (2001) für Dortmund verdienten von den 197 Tsd. Steuerpflichtigen fast 1/3 weniger als 15.000 Euro. 9.200 Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bezogen im Jahr 2005 aufgrund von Löhnen unterhalb der Armutsgrenze ergänzende Leistungen des bedürftigkeitsabhängigen Arbeitslosengeldes II. In der Bundesrepublik waren es 880.000 Erwerbstätige. Die Dunkelziffer der Armut bei Beschäftigten liegt aus Scham und wegen fehlender Informationen hoch.

DIE LINKE sagt klar: Vom Lohn der Arbeit müssen Erwerbstätige und ihre Familien leben können.

DIE LINKE sagt klar: Armut trotz Arbeit ist ein Skandal.

DIE LINKE sagt klar: Arbeitsplatzsicherheit und soziale Sicherheit sind unentbehrliche soziale Rechte.

DIE LINKE fordert: Mindestlöhne in allen Branchen (mindestens 10 Euro).

DIE LINKE fordert: Erhöhung des Kindergeldes und Wohngeldes für Geringverdienende.

Armut von Kindern

Kinderarmut ist traurige Realität. Kinderarmut hat viele Gesichter. Dazu zählen Unter- und Mangelernährung, Bildungsbenachteiligung, soziale Ausgrenzung. Wie viele Kinder in Armut aufwachsen, zeigt der Dortmunder Sozialbericht.

Die Kinderarmut in Dortmund beträgt 30,2%. 24.000 Kinder unter 15 Jahren wachsen in Armut und Sozialhilfebedürftigkeit auf. Drei von zehn Dortmunder Kindern leben in Armut.

Kinder sollten mit Zuversicht, Hoffnung und Freude in die Zukunft schauen können. Kindern soll die Zukunft gehören.

DIE LINKE steht für das Versprechen: Kindern gehört die Zukunft. Kein Kind darf Armut leiden und in Armut aufwachsen. Der Teufelskreis von Armut, Bildungsbenachteiligung, gesundheitlicher Beeinträchtigung muss aufgebrochen werden.

DIE LINKE fordert als Sofortmaßnahme: Übernahme der Kosten für Frühstück, warmes Essen in Kindergärten, für ein regelmäßiges Schulessen.

DIE LINKE fordert: Übernahme der Lern – und Lehrmittelkosten, kostenfreie Schulaufgabenhilfe und Aufbau eines schul- und familienbegleitenden Förderunterrichts.

DIE LINKE fordert: Ausbau von Kindertagesplätzen.

DIE LINKE fordert: gebührenfreie KITA- und Kindergartenplätze.

DIE LINKE fordert: Aufstockung der Stellen für die Kinder- und Jugendhilfe im Jugendamt.

DIE LINKE setzt sich ein: Für einen bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten und stationären Erziehungshilfen.

DIE LINKE fordert: Schaffung von betreuten offenen Treffpunkten für Jugendliche in den besonders belasteten Stadtteilen.

DIE LINKE sagt klar: 2,28 Euro HARTZ IV-Regelsatz für die tägliche Ernährung von Kindern reicht nicht aus. Die HARTZ IV-Sätze für Kinder sind in einem ersten Schritt auf 300 Euro anzuheben.

DIE LINKE fordert: keine weitere Anrechnung des Kindergeldes auf Fürsorgeleistungen.

DIE LINKE fordert langfristig: Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung von Kindern in Höhe von 420 Euro.

Armut von älteren Menschen – Einkommensarmut

Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem Sozialgesetzbuch XII bezogen 4.970 Personen. Von Einkommensarmut betroffen sind 4% . Am größten ist die Altersarmut in der Nordstadt, in Scharnhorst-Ost, Dorstfeld, Mengede und Hörde. Altersarmut trifft an erster Stelle Frauen. Wie hoch die verschämte Altersarmut in Dortmund ist, kann nur grob abgeschätzt werden.

Laut des Dortmunder Pflegeberichts 2007 beziehen von den 120.000 Rentnern in Dortmund 1/3 eine Rente unter 600 Euro, bei den Witwenrentnerinnen beträgt der Anteil 40%. DIE LINKE befürchtet, dass Altersarmut in Zukunft wegen der Kürzungen im Rentenrecht und der hohen Langzeitarbeitslosigkeit in Dortmund ansteigen wird.

DIE LINKE sagt klar: Älteren Menschen gebührt soziale Sicherheit und nicht Scham und Angst vor Armut.

DIE LINKE fordert: Informationskampagnen gegen die verschämte Altersarmut.

DIE LINKE sagt klar: Arbeitslosigkeit darf nicht zu Altersarmut führen.

DIE LINKE fordert: im Rentenrecht einen Sozialausgleich für Zeiten der Arbeitslosigkeit, niedriger Löhne und prekärer Beschäftigung einzuführen, um der sich abzeichnenden Altersarmut von Arbeitslosen vorzubeugen.

Armut im Alter – Soziale Armut

Im Alter steigt die Gefahr der sozialen Armut. Soziale Kontakte sind lebensnotwendig. Soziale Isolation und Vereinsamung machen ebenso krank wie ökonomische Armut. DIE LINKE sagt klar: Ältere Menschen bereichern wie Kinder das Leben.

Eine soziale, solidarische Stadt ist eine Stadt, in der sich Menschen aller Generationen treffen und begegnen.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine wohnortbezogene aufsuchende Altensozialarbeit.

DIE LINKE fordert: flächendeckenden Ausbau von Tageseinrichtungen für ältere Menschen.

DIE LINKE fordert: wohnortnahe Bürgerhäuser zur Begegnung der Generationen.

Behinderte Menschen

Behinderte und chronisch kranke Menschen stehen immer noch vor unüberwindbaren Barrieren. Das fängt im Alltag und Beruf an und reicht von öffentlichen Schulen, Verwaltungen bis hin zum Wohnungsmarkt. Der ÖPNV ist behindertenfeindlich. Unternehmen sind behinderte Menschen nicht der Beschäftigung wert. „Freikaufen“ von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen ist da billiger. Kindertagesstätten und Schulen sind nicht behindertengerecht und barrierefrei nutzbar. Die kommunalen Versorgungsämter wurden zerschlagen.

DIE LINKE spricht sich klar aus: gegen jedwede Form der sozialen und gesellschaftlichen Diskriminierung von behinderten Menschen.

DIE LINKE sagt klar: Behinderte und chronisch kranke Menschen gehören dazu. Wie jeder andere Mensch gehören auch behinderte Menschen zum Leben einer sozialen Stadt.

DIE LINKE spricht sich dagegen aus: kein weiteres Freikaufen privater und öffentlicher Unternehmen von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen.

DIE LINKE fordert: Barrierefreiheit und gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen.

DIE LINKE setzt sich ein: für barrierefreie und integrative Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen, öffentliche und private Unternehmen, für eine barrierefreie und integrative Wohnungspolitik.

DIE LINKE fordert: einheitliche Standards in den kommunalisierten Versorgungsämtern.

DIE LINKE setzt sich ein: für einen behindertengerecht und barrierefreien ÖPNV.

DIE LINKE setzt sich ein: für einen verbesserten Fahrdienst der DEW für behinderte und chronisch kranke Menschen, der eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Die Begrenzung der Anzahl der Freifahrten muss aufgehoben werden.

DIE LINKE fordert: eine unabhängige zentrale Beratungsstelle für behinderte und chronisch kranke Menschen. Diese umfasst auch eine Rechtsberatung.

DIE LINKE fordert: Eine Behindertenvertretung in der Stadt, die ein Vetorecht gegen behindertenfeindliche Projekte erhält.

Berufsausbildung

Über die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt entscheidet eine gute Berufsausbildung. Eine Berufsausbildung ist der beste soziale Schutz vor Arbeitslosigkeit und Armut. März 2008 waren in Dortmund 4.100 junge Erwachsene unter 25 Jahren arbeitslos gemeldet. Zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen beziehen Arbeitslosengeld II. 60% der arbeitslosen Jugendlichen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Über 6.000 der Industrie- und Handelskammer angehörenden Betriebe in Dortmund bilden keine Jugendlichen aus. Jugendliche werden in Warteschleifen gehalten oder in Praktika abgedrängt.

DIE LINKE sagt klar: Jugendliche haben ein Recht auf eine Berufsausbildung. Das Recht auf Ausbildung gehört ins Grundgesetz.

DIE LINKE fordert: ein öffentlich finanziertes Ausbildungsprogramm für junge Arbeitslose ohne Berufsausbildung.

DIE LINKE fordert: ausbildungsfähige Betriebe müssen ihrer Verpflichtung zur Berufsausbildung nachkommen.

DIE LINKE fordert: Für nicht ausbildungsfähige Kleinunternehmen müssen Verbundformen eines kooperativen Berufsausbildungssystems entwickelt werden.

DIE LINKE fordert: Ausbau der anerkannten Berufsabschlüsse an Berufskollegs.

DIE LINKE fordert: Einführung einer Ausbildungsumlage.

DIE LINKE fordert: eine Ausbildungsoffensive. Bei der Stadt und ihren Beteiligungsunternehmen ist eine Ausbildungsquote von mindestens 10% herzustellen.

DIE LINKE fordert: ein offensives Ausbildungsförderprogramm für Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss.

DIE LINKE sagt klar: die Berufsausbildungsbeihilfe muss erhöht werden. DIE LINKE steht für eine elternunabhängige Berufsausbildungsbeihilfe.

Daseinsvorsorge durch öffentliche Einrichtungen und Leistungen

Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit brauchen gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen und das öffentliche Eigentum an lebensnotwendigen Natur- und Kulturgütern. So wie der Personennahverkehr, die Versorgung mit Wohnraum, Verwaltungen, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Seniorenwohnungen, Freizeitzentren muss auch die Wasser- und Energieversorgung in öffentlicher Hand sein.

Inzwischen werden privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Immer mehr Menschen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger und preisgünstiger.

DIE LINKE bekennt sich klar zum öffentlichen Eigentum an Natur- und Kulturgütern.

DIE LINKE fordert: ein Ende der Privatisierung öffentlicher Güter und die Rückführung von (teil-)privatisierten kommunalen Einrichtungen und Leistungen (FABIDO, DSW, DEW etc.) in die kommunale Selbstverwaltung. Strom- und Wasserversorgung sowie ÖPNV und Sozialeinrichtungen gehören nicht in die Hände von Energieriesen und weltweit operierenden Versicherungskonzernen, sondern in die Hände der Nutzerinnen und Nutzer.

DIE LINKE setzt sich ein für: ein breites Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE sagt ohne Wenn und Aber: Das Klinikum Dortmund muss Garant öffentlicher Gesundheitsversorgung bleiben.

DIE LINKE sagt klar: keine Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen.

DIE LINKE fordert: kein weiterer Ausverkauf öffentlicher Daseinsvorsorge durch Private-Public-Partnership-Projekte.

DIE LINKE sagt klar: Das kommunale Wohnungsunternehmen DOGEWO muss einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen vorhalten.

DIE LINKE fordert den Rückkauf der privatisierten Wohnungen (Hannibal u.a.)

Ein-Euro-Jobs

Zur Förderung von Arbeitslosen wurden 2008 in Dortmund 3.000 gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Der Einsatz in diesen sogenannten Ein-Euro-Jobs erfolgte in öffentlichen und sozialen Diensten. In Kinder-, Jugend- und Senioreneinrichtungen, in der Schulbetreuung, Hausaufgabenhilfe, in Begleit- und Präsenzdiensten im öffentlichen Raum, öffentlichen Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Arbeit und Beschäftigung, die Menschen hilft und nützt. Gesellschaftlich sinnvolle Arbeiten und Beschäftigungen, für die es aber keinen Lohn gibt, die nicht zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung führen.

DIE LINKE lehnt Ein-Euro-Jobs ab. Sie fordert: Umwandlung der vorhandenen und der geplanten Ein-Euro-Jobs in „reguläre und sozialversicherungspflichtige Arbeit und Beschäftigung und Einhaltung des Tariftreuegesetzes“.

DIE LINKE fordert: ein kommunales Beschäftigungsprogramm für Arbeitslose und besonders für Langzeitarbeitslose in öffentlichen und sozialen Diensten.

Erziehungshilfe

Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und die Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen belasten Familien und Kinder. Junge Menschen und ihre Familien werden trotz schwieriger und überlastender Lebenslagen immer mehr sich selbst überlassen. Die höchste Inanspruchnahme von Erziehungshilfen weisen die Sozialräume mit der höchsten Arbeitslosigkeit und Armut auf.

DIE LINKE fordert: Aufstockung der Stellen für die Kinder- und Jugendhilfe im Jugendamt.

DIE LINKE fordert: die Unterstützung von behinderten und chronisch kranken Eltern und von Eltern mit behinderten und chronisch kranken Kindern sowie eine Stärkung des familienentlastenden Dienstes.

DIE LINKE setzt sich ein: für einen bedarfsgerechten Ausbau der ambulanten und stationären Erziehungshilfen.

DIE LINKE fordert: Schaffung von betreuten offenen Treffpunkten für Jugendliche in den besonders belasteten Stadtteilen.

DIE LINKE fordert: Einsatz von Streetworkern in bekannten Szene-Treffs.

DIE LINKE fordert: Spielplätze, Freizeiteinrichtungen und kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche in Wohnortnähe

Familienpolitik

Familie ist dort, wo Menschen füreinander einstehen und wo Kinder sind. Kinder und Familien brauchen gesellschaftliche Solidarität. Familiensolidarität umfasst alle Lebensbereiche: Unterhalt, Erziehung, Bildung, Pflege, Beruf. Familienpolitik ist eine übergreifende Aufgabe. Wo nicht ausreichend Tageseinrichtungen für Kinder, ambulante und stationäre Pflegeplätze sind, wo Arbeitszeiten keine Grenzen haben, Sozialleistungen gekürzt werden, werden Familien überfordert und überlastet. Am härtesten trifft es Alleinerziehende. Wo Schule und Universitäten privatisiert werden, zahlen es die Eltern aus der privaten Geldbörse oder durch Schulden. Wo keine bedarfsdeckende öffentliche Kinderbetreuung, öffentliche Alten- und Behindertenpflege vorhanden ist, verlieren Familien, an erster Stelle Frauen.

DIE LINKE fordert: Rechtsanspruch für Eltern auf einen beitragsfreien öffentlichen Kindertagesstättenplatz.

DIE LINKE fordert: Ausbau und Pflege öffentlicher Spielplätze, Berücksichtigung der Bedürfnisse behinderter und chronisch kranker Kinder, Ausbau von Kinderferienaktionen.

Die Linke fordert: die Einrichtung von Jugendtreffpunkten außerhalb der Jugendfreizeitanstalten.

DIE LINKE fordert: Einrichtung von wohnortnahen kommunalen Elterncafés.

DIE LINKE setzt sich ein: für ein Elterngeld für zwei Jahre von mindestens 450 Euro.

DIE LINKE fordert: Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes. Die Altersgrenze muss von 12 auf 18 Jahren erhöht werden und die Begrenzung der Anspruchsdauer auf 72 Monate muss entfallen.

DIE LINKE sagt klar: Bekämpfung der Familienarmut durch Erhöhung des Kindergeldes, Erhöhung des Wohngeldes.

DIE LINKE sagt klar: Erhöhung von Schüler- und Studenten-BAföG.

Gesundheitspolitik und Klinikum

Gesundheit ist keine Ware und keine Profitfrage, sondern Gesundheit ist ein Grundrecht. Das Gesundheitswesen hingegen mutiert zu einer Gesundheitswirtschaft, in der die Patientin und der Patient zur Kundin bzw. zum Kunden werden. Dieser Trend muss wieder umgekehrt werden.

Das Gesundheitswesen muss der flächendeckenden, wohnortnahen und bedarfsgerechten gesundheitlichen Versorgung seiner Bevölkerung dienen und mit seinen Leistungen allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation zur Verfügung stehen.

Das Dortmunder Klinikum ist das zweitgrößte kommunale Krankenhaus der Bundesrepublik, das größte kommunale Krankenhaus in NRW. Es ist mit seinen 23 Fachkliniken, seinen 1.500 Betten und seinen 4.000 Beschäftigten für die medizinische Versorgung der Menschen in Dortmund und der umliegenden Region unverzichtbar. Die Versorgungskapazität des Klinikums ist für 53.000 stationäre Patienten- und 160.000 ambulante Patientenfälle ausgerichtet. Dem Klinikum droht die Privatisierung.

DIE LINKE sagt klar: Alle verdienen die gleiche Krankenbehandlung und Krankenpflege. Nur ein öffentliches Gesundheitswesen kann eine Zwei-Klassen- oder Drei-Klassen-Medizin vermeiden.

DIE LINKE fordert: Medizinische Versorgung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleiben!

DIE LINKE fordert: Rückführung des Klinikums unter das Dach der Stadtverwaltung. Nur eine Re-Kommunalisierung sichert den Erhalt einer hochwertigen medizinischen Gesundheitsversorgung für alle Dortmunder Bürger und Bürgerinnen.

DIE LINKE fordert: Aufstockung des Personals zur Sicherstellung des „Normalbedarfs“.

DIE LINKE fordert: Sicherstellung der ambulanten und stationären Behandlung in allen medizinischen Fachbereichen.

DIE LINKE fordert: Sicherstellung der Gesundheitsversorgung bei Epidemien und Katastrophen.

DIE LINKE fordert: Rückführung des Krankentransportwesens in den Krankenhausbetrieb.

DIE LINKE fordert: Ausbau des Sanitätsdienstes.

HARTZ IV/Arbeitslosengeld II

Arbeitslosigkeit und Armut sind Realität. In Dortmund leben über 100.000 Menschen in Armut, davon über 80.000 in der Armut von HARTZ IV. Die HARTZ-Gesetze sind ein Schlag ins Gesicht von Arbeitslosen. Sie sind eine Bedrohung für Arbeitnehmer, Familien und Kinder.

Die LINKE sagt klar: Die HARTZ-Gesetze müssen durch ein Gesetz der sozialen Gerechtigkeit ersetzt werden.

Die LINKE sagt klar: Arbeitslosigkeit darf keine Armutsfalle per Gesetz sein.

DIE LINKE sagt klar: kein Zwang zur Pflichtarbeit. Statt Ein-Euro-Job ein öffentliches Beschäftigungsprogramm.

DIE LINKE sagt klar: In einem ersten Schritt müssen die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung auf ein lebensstandardsicherndes Niveau von 75% des Durchschnittseinkommens, mindestens aber 1.000,-€ angehoben werden. Ein sozialer Wohnungsbau ist unverzichtbar für eine behindertenfreundliche und barrierefreie Stadt.

Hochschule

Die Kommerzialisierung von Forschung und Wissenschaft wird von der Landesregierung immer weiter vorangetrieben. Forschung wird immer öfter nur betrieben, wenn sie Drittmittel aus der Wirtschaft einwerben kann. So werden Forschungsprojekte ausgeschrieben bzw. finanziert, die im Interesse der Wirtschaft liegen. Schlimmstenfalls sollen Forschungsprojekte gewünschte und vorgefasste Ergebnisse untermauern, um so politische Beschlüsse herbeizuführen. Die Großkonzerne regieren auf diese Art und Weise unmittelbar in die Hochschulen hinein.

Mitspracherechte von Studierenden und Mitarbeiterinnen wurden abgeschafft. Welche Folgen die Kommerzialisierung von Hochschulen hat, zeigt die private Universität Witten-Herdecke. Weil die Hochschule pleite ist, droht den Studierenden die Gefahr, dass sie ihr Studium vorzeitig abbrechen müssen, wenn die Hochschule geschlossen wird.

Auf der kommunalen Ebene hat die Stadt hingegen mehr Mitspracherechte in den Dortmunder Hochschulen bekommen. Diese Mitspracherechte sollen von der Kommune aktiv im Sinne der Studierenden und der Mitarbeiter wahrgenommen werden. DIE LINKE fordert: Abschaffung von Studiengebühren jeder Art! Bildung muss kostenfrei sein! Die Hochschule muss für alle offen sein, unabhängig vom Einkommen (der Eltern).

DIE LINKE sagt klar: weg mit der kommunalen Zweitwohnungssteuer für Studierende, sowie Zahlung eines Begrüßungsgeldes für Studierende, die ihren Erstwohnsitz nach Dortmund verlegen.

DIE LINKE tritt ein: für eine tief greifende Demokratisierung der Dortmunder Hochschulen. Studierende und Mitarbeitende haben ein Recht mitzubestimmen, wie Forschung und Lehre organisiert werden.

DIE LINKE bezieht klar Position: für die Freiheit von Forschung, Wissenschaft und Lehre. Forschung und Wissenschaft dürfen nicht durch die Gesetze des Marktes bestimmt werden. Entscheidend ist der gesellschaftliche Nutzen.

DIE LINKE setzt sich ein: gegen private Hochschulen.

Jugendpolitik

Dortmund braucht eine starke Jugend. Eine Jugend, die gut in öffentlichen Schulen gebildet, in Betrieben und Hochschulen ausgebildet worden ist.

Eine Jugend, die mit Mut, Zuversicht und Engagement an die Gestaltung des eigenen und des gesellschaftlichen Lebens herangeht. Realität ist aber: Bildung wird privatisiert und teuer gemacht. Höhere Schulbildung und Studium sind abhängig vom Geldbeutel der Eltern. Lernmittelkosten, Studiengebühren schrecken und wehren vor einem Studium ab.

Realität ist: Die Jugend wird in einen unerträglichen Wartestand gestellt. Statt einer Berufsausbildung drohen nach der Schule eine Berufsnot, HARTZ IV mit seinen Schikanen für junge Erwachsene und eine jahrelange kafkaeske Warteschleife von der einen zur nächsten Berufsfördermaßnahme und Erprobung. Statt einer sicheren Beschäftigung nach einer Berufsausbildung droht Arbeitslosigkeit. Nach einem Studium eine Warteschleife von Praktikum zu Praktikum. Vor lauter Praktika, Förderung und Erprobung läuft der Jugend das Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben davon.

DIE LINKE sagt klar: Auch die Jugend braucht soziale Sicherheit. Die soziale Sicherheit einer guten öffentlichen Schulbildung, einer guten Berufsausbildung, eines guten Studiums und einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Nur soziale Sicherheit garantiert Freiheit.

DIE LINKE sagt klar: Es muss ein Recht auf einen qualifizierten Schulabschluss, auf eine Berufsausbildung geben. Dieses Recht auf Bildung und Ausbildung muss im Grundgesetz niedergeschrieben werden.

DIE LINKE fordert: Die BezirkschülerInnenvertretung soll mindestens die gleiche finanzielle Unterstützung erhalten wie die kleinste Fraktion im Rat der Stadt.

DIE LINKE fordert: eine Umlagefinanzierung des Rechts auf Berufsausbildung und ein öffentlich finanziertes Ausbildungsprogramm für junge Arbeitslose ohne Berufsausbildung.

DIE LINKE sagt klar: Wie die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) muss auch das BAföG für Schüler und Studenten erhöht werden. BAB und BAföG müssen elternunabhängig gewährt werden.

DIE LINKE fordert: ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle SchülerInnen und Auszubildenden.

DIE LINKE sagt klar: Die HARTZ IV-Regelung, wonach junge Menschen unter 25 Jahren bei Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit bei ihren Eltern wohnen bleiben müssen, ist Freiheitseinschränkung per Gesetz und muss abgeschafft werden.

DIE LINKE sagt klar: Eine starke Jugend braucht neben sozialer Sicherheit aber auch Freiräume. Deshalb sind die bestehenden Jugendfreizeitstätten und -häuser besser zu fördern, unabhängig davon, ob sie sich in kommunaler oder freier Trägerschaft befinden.

DIE LINKE fordert: mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche. Den Aufbau selbst verwalteter Jugendzentren, davon mindestens ein konfessionell ungebundenes in der Innenstadt. Die Förderung der Jugendkultur (geeignete Plätze für Sprayer, Plätze für Skater, Übungsräume für Rock-Musik usw., angemessene Freizeitangebote in integrationsfördernden Jugendzentren, kostenfreien Zugang für Jugendliche ins Internet in Stadtteilzentren, Bibliotheken, Jugendzentren, Ausweitung der Nachtexpressfahrzeiten in der Woche usw.

Kinderpolitik

Öffentliche Erziehung ergänzt und unterstützt Eltern und fördert Kinder. Tageseinrichtungen für Kinder sind Orte, wo sich Kinder begegnen, gemeinsam spielen und lernen können. KITAS sind Orte der Integration. Das in Kraft getretene Kinderbildungsgesetz KIBIZ steht einer guten öffentlichen Erziehung und Betreuung der Kinder entgegen. Es ist ein Spargesetz zu Lasten der Eltern, der Kinder, der Erzieherinnen und der Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Das Ziel des KIBIZ ist: Kindererziehung und Pädagogik wie in einem Warenhaus zum Einkauf feilzubieten und der Privatisierung auszusetzen.

DIE LINKE sagt klar: Das KIBIZ ist im Interesse der Kinder und Eltern ein schlechtes Gesetz und muss abgeschafft werden. In der Praxis wird das KIBIZ dazu führen, dass die öffentliche Erziehung an pädagogischer Qualität und Zuverlässigkeit verlieren wird, die Elternbeiträge erhöht werden, das KITA-Personal in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt wird.

DIE LINKE sagt klar: Das KIBIZ ist das Einfallstor zur Privatisierung der öffentlichen Erziehung und Bildung.

DIE LINKE sagt klar: Der Dortmunder Träger der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen FABIDO hat nicht die Aufgabe, Gewinne zu erwirtschaften. Eine kindergerechte Betreuung kostet Geld.

DIE LINKE fordert daher: FABIDO soll wieder ins Jugendamt eingegliedert werden. Damit entfällt der Spardruck und die Haushaltslöcher durch das KIBIZ werden vom allgemeinen Haushalt aufgefangen.

DIE LINKE fordert: einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie KITA-Plätze.

DIE LINKE fordert: Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung in allen Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen, dazu gehört auch das Angebot einer gesunden Ernährung.

Pflegebedürftigkeit

In Dortmund erhielten 2005 14.800 Menschen Pflegeleistungen. Pflegebedürftigkeit ist eine äußerst belastende Lebenssituation. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen, aber auch Pflegekräfte brauchen Entlastung, Unterstützung und Zuspruch. Besondere Unterstützung und Hilfe brauchen verwirrte Pflegebedürftige und Demenzkranke. Die Leistungen der Pflegeversicherung reichen nicht aus, die Kosten einer ambulanten oder stationären Pflege zu tragen. Pflegebedürftigkeit ist und bleibt ein Armutsrisiko.

DIE LINKE fordert: Erhöhung der Leistungen der Pflegeversicherung.

DIE LINKE fordert: Aufbau einer kommunalen Heimpflege und der häuslichen Pflege.

DIE LINKE fordert: Aufbau kommunaler und fußläufig erreichbarer Pflegestützpunkte zur Unterstützung von Pflegebedürftigen und Angehörigen.

DIE LINKE fordert: Ausbau der kommunalen Seniorenbüros und der die Pflegebedürftigen und ihren Familien aufsuchenden sozialen Pflegebegleitung und -beratung.

DIE LINKE sagt klar: Im Pflegedienst darf nur Fachpersonal zu Tariflöhnen eingesetzt werden.

Schule und Bildung

Bildung ist ein Menschenrecht. Ein Menschenrecht, das einem jeden Kind unabhängig vom sozialen Status der Eltern zusteht. Das mehrgliedrige Schulsystem führt zu einer frühen Selektion von Kindern, benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien und Kinder mit Migrationshintergrund. Der Übergang von Kindern zu weiterführenden Schulen hängt immer noch vom sozialen Status der Eltern ab. In den am stärksten von Arbeitslosigkeit und Armut gezeichneten Sozialräumen beträgt der Übergang zum Gymnasium 19,3%. Im Durchschnitt liegt der Übergang bei 31%.

DIE LINKE sagt ohne Wenn und Aber: Bildung für alle Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern.

DIE LINKE sagt klar: keine Privatisierung von Bildung. DIE LINKE verurteilt die Kommerzialisierung des Bildungssystems. Öffentliche Schulen müssen massiv ausgeweitet werden.

DIE LINKE setzt sich ein für: einen Stopp der Zusammenarbeit mit der „Stiftung partnerfuerschule.nrw“. Schulsporing gehört abgeschafft.

DIE LINKE fordert: ein Ende aller Bildungspaten- und Bildungspartnerschaften. Werbung an Schulen gehört verboten.

DIE LINKE sagt klar: Ein jedes Kind ist der Förderung und höheren Bildung wert.

DIE LINKE sagt klar: Umwandlung des mehrgliedrigen Schulsystems mit Haupt-, Real-, Förder-, Gesamtschulen und Gymnasien in ein integratives Schulsystem.

DIE LINKE fordert: Gebührenfreiheit in Schule, Ausbildung und Studium.

DIE LINKE sagt klar: Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Schulen.

DIE LINKE fordert: eine eigene Grundsicherung für Kinder und Jugendliche.

DIE LINKE fordert: Einführung ergänzender Sprachförderprogramme für Kinder mit Migrationshintergrund.

DIE LINKE fordert: Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern, Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen und anderen Fachpädagoginnen und Fachpädagogen zur individuellen Förderung.

DIE LINKE fordert: Alle Fördergelder und Arbeitsstellen, mit denen die Stadt Dortmund und stadtteigene Unternehmen den Ausbau und die Anwerbung von Schulsporing förderte, im Interesse der öffentlichen Bildung von Kindern und Jugendlichen einzusetzen. Private Bildungsdienstleister müssen überflüssig werden, indem die individuelle Förderung an öffentlichen Schulen massiv ausgeweitet wird.

Die LINKE sagt klar: Ausbau einer qualifizierten Offenen Ganztagschule.

Die Linke fordert: die sofortige Sanierung und bauliche Umgestaltung der Schulen für ihre neuen Aufgaben (Ganztagschule)

Schule als Offene Ganztagschule (OGS)

Der Übergang von Kindern in die Schule bedarf der Unterstützung. Es lernt sich für Kinder besser, wenn neben dem Schulunterricht ergänzende Betreuungsangebote und ergänzende Lernangebote bestehen. Beruf, Familie und Kindererziehung vertragen sich besser, wenn Eltern wissen, dass die Kinder einen verlässlichen Ganztags haben.

In Dortmund ist das Angebot an Ganztags- und Betreuungsangeboten an den Grundschulen auf 7.000 Plätze ausgebaut worden. Dieses Angebot erreicht 36% der Grundschüler.

Die Durchführung der OGS wird über Rahmenverträge des Jugendamtes mit sozialen Projektträgern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen geregelt. Die Beschäftigung des Betreuungspersonals in der OGS und den Betreuungsangeboten ist hoch prekär.

DIE LINKE fordert: Ausweitung der OGS mit qualifizierter pädagogischer Nachmittagsbetreuung einschließlich der Einführung von kostenfreiem Förderunterricht für benachteiligte und behinderte Kinder.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine elternbeitragsfreie Kinder- und Ganztagsbetreuung einschließlich eines gesunden Schulesens.

DIE LINKE sagt klar: Verlässlicher offener Ganztag braucht verlässliche Beschäftigung des Betreuungspersonals, braucht Arbeitsplatzsicherheit und den Schutz der Sozialversicherung.

DIE LINKE setzt sich ein: für Rahmenverträge, die Träger der OGS zu Arbeitsverträgen und damit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung des Betreuungspersonals verpflichten.

DIE LINKE setzt sich ein: für ein flächendeckendes Ganztagsschulsystem in allen Grund- und weiterführenden Schulen.

Seniorenpolitik

Sozialer Fortschritt und Medizin haben dazu geführt, dass immer mehr Menschen älter werden und ein hohes Alter erreichen. In Dortmund sind 117.500 Menschen 65 Jahre und älter. Zwischen 70-79 Jahren sind es 53.000 Menschen und 80 Jahre und älter 27.901 Menschen. Dem Alter gerecht zu werden, verlangt ein breites Spektrum von Garantien zur Selbstbestimmung, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

DIE LINKE sagt klar: Es ist ein existenzielles Recht älterer und hochbetagter Menschen, ein selbstbestimmtes Leben in Würde und Anerkennung führen zu können.

DIE LINKE sagt klar: Nein zur Altersdiskriminierung – Ja zum Reichtum des Alters an Erfahrung, Kompetenz, Ideenreichtum.

DIE LINKE sagt klar: Seniorinnen und Senioren ist eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, in Kultur, Politik, Umwelt, Sport, Soziales, Freizeit zu garantieren.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine Rente und soziale Alterssicherung, die der Lebensleistung entspricht, Altersarmut vermeidet und ein menschenwürdiges Alter gestalten lässt.

DIE LINKE setzt sich ein: für ein bedarfs-, flächen- und qualitätsgerechtes Angebot an sozialen und pflegerischen Hilfen im Alter.

DIE LINKE fordert: eine deutlich verbesserte personelle und finanzielle Ausstattung der Altenpflege.

DIE LINKE setzt sich ein für: eine wirksame Kontrolle in Heimen und der häuslichen Pflege zur Sicherung verbindlicher Standards in der Altenpflege.

Soziale Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut

Armut hat viele Gesichter. Die schlimmsten Gesichter sind: Hunger – Wohnungslosigkeit – soziales Abseits – Diskriminierung. „Die im Schatten sieht man nicht!“ – Viele soziale Initiativen, Vereine, Wohlfahrtsverbände nehmen sich der Arbeitslosen und Armen an. Suppenküche Kana, Gasthaus statt Bank, Bodo e.V, Aids-Hilfe, Arbeitslosenzentrum Dortmund, Frauenzentrum, Sozialkaufhäuser und viele andere soziale Initiativen.

DIE LINKE sagt klar: Mit Suppenküchen und Sozialkaufhäusern sind Arbeitslosigkeit und Armut nicht zu lösen. Dazu braucht es einer Politik der Arbeit und der sozialen Sicherheit. Hunger und Obdachlosigkeit brauchen aber Hilfe, und zwar hier und jetzt.

DIE LINKE steht zu diesen Initiativen und ruft alle Dortmunder Bürgerinnen und Bürger auf, sich für arbeitslose und arme Menschen zu engagieren, gegen Arbeitslosigkeit und Armut zu sein.

DIE LINKE fordert: soziale Initiativen finanziell zu unterstützen.

DIE LINKE setzt sich ein: für einen kommunalen Fördertopf zur Finanzierung von Arbeitsplätzen und den selbst gesetzten Zielen der sozialen Initiativen.

Soziale, solidarische Stadt

Der Dortmunder Sozialbericht 2007 beschreibt die soziale Lebenssituation in Dortmund mit dem krassen Satz: „Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, wer du bist und welche Chancen du hast“. Hinzuzufügen ist: „Bist du behindert, chronisch krank, stehst du oft vor unüberwindbaren Barrieren.“ Die Ergebnisse des Sozialberichts lauten: Arbeitslosigkeit und Armut prägen die Geografie der Stadt.

Die Ergebnisse des Sozialberichts lauten: Dortmund ist eine an Familien und Kindern, an Migranten und Senioren bevölkerungsreiche Stadt.

DIE LINKE sagt klar: In einer sozialen Stadt müssen sich alle Menschen wohl fühlen können und zu Hause fühlen. Eine soziale, solidarische Stadt kümmert sich um einen jeden und beteiligt alle am öffentlichen Leben.

DIE LINKE sagt klar: Eine soziale, solidarische Stadt muss sich daran messen lassen, wie sie mit behinderten, chronisch kranken Menschen und sozial benachteiligten Menschen umgeht.

Für DIE LINKE steht fest: Eine soziale, solidarische Stadt Dortmund schafft Arbeitsplätze und Beschäftigung und bekämpft so Arbeitslosigkeit und Armut.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine integrative soziale, solidarische Stadt Dortmund.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine soziale, solidarische Stadt Dortmund mit einer barrierefreien, bedarfsgerechten und integrativen Sozialinfrastruktur für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen.

DIE LINKE fordert: lokal orientierte öffentliche Beschäftigungsprogramme in den benachteiligten Sozialräumen.

DIE LINKE sagt klar: Wo Menschen wohnen, müssen Menschen einkaufen und sich begegnen können. Wo Menschen wohnen, müssen fußläufig medizinische und soziale Dienstleistungen sowie öffentliche Verwaltungen erreichbar sein.

DIE LINKE steht deshalb dafür ein: Förderung der lokalen Ökonomie und der lokalen Kultur.

DIE LINKE sagt klar: Wo Kinder in Armut aufwachsen, wo Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist, braucht es öffentliche Betreuungs- und Förderprogramme und aufsuchende Kinder- und Jugendsozialarbeit.

DIE LINKE setzt sich ein: für den Ausbau der Jugendsozialarbeit, der Straßensozialarbeit, der Schulsozialarbeit und der lokalen Erziehungs- und Jugendhilfe.

Wohnen und Miete – Sozialer Wohnungsbau

Wohnen ist Menschenrecht. Eine soziale, solidarische Stadt sichert das Wohnen. Auf die Wohnkosten entfallen bei einkommensschwachen Haushalten ca. 30% des Einkommens, bei einkommensstarken Haushalten ca. 14%. Ewa 20.000 Haushalte in Dortmund sind überschuldet.

Der Mietzins und die hohen Miet- und Mietnebenkosten sowie Wohnnebenkosten (Strom, Gas) tragen zur Überschuldung bei. Für einkommensschwache Haushalte, kinderreiche Familien, ältere und behinderte Menschen sind öffentlich geförderte Wohnungen unverzichtbar. Sozialer Wohnungsbau gleicht den privaten Wohnungsmarkt aus und wirkt zugunsten der Mieter korrigierend auf die Mietpreise. Der Bestand an sozial geförderten Wohnungen ist rapide gesunken. Von 53.000 im Jahr 2000 auf 38.000 im Jahr 2006.

DIE LINKE sagt klar: Jeder hat ein Recht auf Wohnen und Wohnen muss bezahlbar bleiben.

DIE LINKE fordert: Begrenzung der Mieterhöhungen auf der Grundlage des Mietspiegels. Im Mietspiegel sind nicht nur die Mieterhöhungen der letzten Jahre und die Neumietpreise zu berücksichtigen, sondern auch die Bestandsmieten.

DIE LINKE fordert: Erhöhung des Wohngeldes.

DIE LINKE fordert: Bereits privatisierte Wohnungsbestände der DOGEWO, der Ruhr-Lippe und der LEG sollen wieder in öffentliches Eigentum überführt werden.

DIE LINKE steht ein: für eine soziale Wohnungspolitik im Interesse eines bedarfsdeckenden Wohnraumangebots und bezahlbarer Mieten.

DIE LINKE fordert: Ausbau und bessere Förderung des sozialen Wohnungsbaus, speziell für auf dem privaten Wohnungsmarkt benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

DIE LINKE fordert: die Energiesanierung auch für Altbauten.

DIE LINKE fordert: die Wiedereinführung des „Wohnraumzweckentfremdungsgesetz“.

DIE LINKE sagt klar: Schluss mit der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände.

2. Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitik muss Beschäftigungspolitik sein

Die regionale und globale Entwicklung der Wirtschaft verläuft derzeit nicht zum Vorteil unserer Stadt. Mit alten Strategien wird die Wirtschaftsförderung in Zukunft ihre Ziele verfehlen. Sie wird die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft in eine schmale wohlhabende Oberschicht und die große Masse von Menschen, die vom „Strukturwandel“ abgehängt sind, nicht stoppen können. Wachsende, stagnierende und krisenhafte Branchen driften auseinander. Der Abwärtstrend am Arbeitsmarkt setzt sich fort. Der falsche Weg ist ein Dumpingwettbewerb der Städte um die niedrigsten Gebühren und Unternehmenssteuern. Nein zum defizitären Flughafen aufgrund des globalen Standortwettbewerbs.

DIE LINKE tritt ein für: eine Wirtschaftsförderung, die am Gemeinwohl orientiert ist.

DIE LINKE sagt klar: Ausbau und Stärkung des Genossenschaftswesens.

DIE LINKE fordert: Zuwendungen und Leistungen an private Unternehmen, die an verpflichtende, einklagbare Arbeitsplatzzusagen gekoppelt werden. Die Leistungen sind zurückzufordern, wenn die Zusagen nicht eingehalten werden.

DIE LINKE sagt klar: kommunale Auftragsvergabe nur an Unternehmen, die sich verpflichten, keine Arbeitsplätze am Standort abzubauen oder in prekäre Jobs umzuwandeln, und sich an die geltenden Tarifverträge der Branchen halten.

DIE LINKE wird: Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge ausweiten.

DIE LINKE fordert: öffentliches Eigentum stärken und wirtschaftlich sichern. Die weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen stoppen. Bereits privatisierte Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wieder in öffentliches Eigentum zurückzuführen.

DIE LINKE fordert: Sparkassen als Anstalten des öffentlichen Rechts zu erhalten. Für eine öffentliche Kreditpolitik, die vorrangig mittelständische und kleine Unternehmen finanziert.

DIE LINKE tritt ein für: die Förderung kommunaler und gemeinnütziger Träger, um gesicherte Arbeitsplätze in sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen schaffen zu können.

Öffentlicher Dienst

Die Kommune zusammen mit ihren Tochter- und Beteiligungsunternehmen ist bei Weitem der größte lokale Arbeitgeber. Entsprechend besonders hoch ist ihre Verantwortung für die Beschäftigung am Ort. Doch in Wirklichkeit ist die Ideologie des „schlanken Staates“ mit dem Austrocknen der Gemeindefinanzen und unablässigem Sparen an öffentlichen Dienstleistungen eine der Hauptursachen der Arbeitslosigkeit. Wir befürworten eine effektive, sparsame Verwaltung. Aber kommunale Rationalisierungsprojekte dürfen nicht noch mehr Arbeitslose erzeugen. Dagegen sind gemeinwirtschaftliche Betriebe in kommunaler Hand breit auszubauen. Deren Betriebsformen müssen volle demokratische Kontrolle durch den Rat und seine Ausschüsse gewährleisten.

DIE LINKE sagt klar: Stärkung des öffentlichen Dienstes als des größten Arbeitgebers und im Interesse der öffentlichen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE fordert: Stopp mit dem Abbau von Personal in der kommunalen Verwaltung und den Beteiligungsunternehmen.

DIE LINKE fordert: keine Befristung von Beschäftigung. Jede Arbeit verdient den unbefristeten Arbeitsvertrag.

DIE LINKE bekennt sich: Der Arbeitgeber Kommune muss Vorbild sein. Stopp mit dem Lohndumping in kommunalen Tochter- und Beteiligungsunternehmen.

DIE LINKE sagt klar: Keine Tariffucht in der kommunalen Verwaltung und den Beteiligungsunternehmen.

DIE LINKE hält daran fest: Arbeitszeitverkürzung bekämpft Arbeitslosigkeit. Die Stadtverwaltung muss Vorbild für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sein.

3. Faschismus und Neofaschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen

Seit Jahrzehnten gibt es in unserer Stadt eine massive Bedrohung durch rechtsextreme Gruppierungen. Was in den 80er Jahren die Borussenfront und in den 90er Jahren die Nazi-Skinhead-Kameradschaften waren, sind heute die sogenannten autonomen Nationalisten. Sie versuchen, den öffentlichen Raum zu erobern und finden dabei die Unterstützung des Dortmunder Polizeipräsidenten und der Gerichte. Regelmäßig marschieren sie in Dortmund und verbreiten ihre braune und menschenverachtende Propaganda auf den Straßen und im Internet. Sie veranstalten Konzerte, verteilen rassistische und volksverhetzende Musik-CDs und Flyer in und vor Schulen. Besonders Jugendliche gehören zur erklärten Zielgruppe der Neonazis.

Bewaffnete Überfälle auf Linke, auf Migrantinnen und Migranten, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten werden mittlerweile genauso im Wochentakt bekannt wie Steinwürfe auf das linke Wahlkreisbüro und rassistische Pöbeleien. Eine besonders grausame Tat war in diesem Zusammenhang der Mord an einem Antifaschisten.

Dem tritt DIE LINKE entschieden entgegen.

DIE LINKE will ein offenes, tolerantes, sicheres und buntes Dortmund. National befreiten Zonen setzen wir ein angstfreies und solidarisches Zusammenleben entgegen. Rassistische und neofaschistische Hetze bekämpfen wir auf allen Ebenen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern: auf Demos, beim Bündnis Dortmund gegen Rechts, in Jugend- und Kulturbündnissen. Wir setzen uns für den Dialog mit Migranten ein, um gegenseitige Ängste und Vorurteile abzubauen und ein solidarisches und friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Den Faschistinnen und Faschisten aus dem Migrantenspektrum tritt DIE LINKE entschieden entgegen.

Auch die kommunale Verwaltung soll sich an diesen Richtlinien orientieren. Ordnungs-, Jugend- oder Gesundheitsamt und kommunale Verwaltung haben eine politische Verantwortung und sollen daran arbeiten, eine lebenswerte Kommune für alle Menschen jenseits ihrer Herkunft oder ihrer Lebensweise zu schaffen. Zuständige Stellen bei Polizei und Verwaltung dürfen die zunehmende Präsenz neofaschistischer Organisationen in unserer Stadt nicht länger ignorieren, sondern müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Gegenmaßnahmen entwickeln.

DIE LINKE fordert Gerichte, Polizei und Verwaltung auf, alle rechtlichen Mittel zu nutzen, um neofaschistische Aktivitäten zu unterbinden

DIE LINKE will: dass sich der Rat der Stadt Dortmund auf Landesebene dafür einsetzt, dass neofaschistische Organisationen verboten werden.

DIE LINKE fordert: die Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, in Jugend- und Familieneinrichtungen.

DIE LINKE will: die finanzielle Absicherung des Ratsbeschlusses über die Weiterführung der Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie über das Jahr 2008 hinaus.

DIE LINKE setzt sich dafür ein: dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung für eine vorurteilsfreie und antirassistische Umgangsweise mit allen Einwohnern sensibilisiert werden.

DIE LINKE fordert: die Einrichtung einer Informations-, Bildungs- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und die Förderung von kommunalen Bündnissen gegen Rechts

DIE LINKE unterstützt die Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten wie z.B. „Noteingang“ oder dem „antirassistischen Telefon“.

DIE LINKE will: die Förderung von interkulturellen Begegnungsstätten und Jugendeinrichtungen

DIE LINKE fordert: die Umbenennung von Straßen und Plätzen, deren Namen immer noch im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen.

4. Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Denn wesentliche Forderungen der Frauenbewegung sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammenzustricken, die Zuschüsse für ihre Einrichtungen in Städten und Gemeinden zu kürzen. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik in den Kommunen, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern. Öffentliche Leistungen werden von Männern und Frauen unterschiedlich in Anspruch genommen, und auch die Anforderungen an kommunale Angebote unterscheiden sich häufig zwischen den Geschlechtern. Politik vor Ort muss Angebote für alle unterschiedlichen Lebensformen, nicht nur für die bürgerliche Ehe entwickeln. Das schließt Lebensweisen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Zwischengeschlechtlichen ein. In Dortmund leben schätzungsweise 60.000 homosexuelle Bürgerinnen und Bürger. Sexuelle oder geschlechtliche Identitäten dürfen nicht mehr normativ gewertet und unterschiedlich behandelt werden. Die Anerkennung des Pluralismus' der Lebensformen muss zum gesellschaftlichen Leitbild eines demokratischen Gemeinwesens werden.

DIE LINKE tritt ein: für den Erhalt und Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen, die von Gewalt betroffen bzw. bedroht sind.

DIE LINKE will: besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten.

DIE LINKE setzt sich ein: für die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule, insbesondere für Jugendliche.

DIE LINKE will: Erhalt und Ausbau der Aids-Beratungsstellen.

DIE LINKE fordert: ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen.

DIE LINKE will: besondere Maßnahmen zur Unterstützung für Alleinerziehende vor Ort, u. a. bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall.

DIE LINKE fordert: Schluss mit der indirekten Lohndiskriminierung von Frauen durch Mini-Jobs und andere Formen prekärer Beschäftigung.

DIE LINKE fordert: Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

DIE LINKE setzt sich ein: für die konsequente Umsetzung des Grundsatzes: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“

DIE LINKE will: eine Politik der systematischen Förderung von Frauen in kommunalen Verwaltungen.

5. Zuwanderung, Menschenrechte und Solidarität

Vom Sozialabbau betroffen sind die meisten Dortmunderinnen und Dortmunder. Doch die Migrantinnen und Migranten gehören zu den Schlusslichtern der städtischen Gesellschaft – auf dem Arbeitsmarkt und beim Einkommen, bei den Bürgerrechten und den Bildungschancen, im kulturellen Leben und im Wohngebiet. Diese Probleme werden vor Ort, auf der kommunalen Ebene, sichtbar und konzentrieren sich hier. Angeblich, so SPD und CDU, seien es mangelnde Finanzen, die eine vernünftige Integrationspolitik verhindern. Wir meinen: Vieles ist möglich, was kein Geld kostet. Noch mehr ist möglich, wenn man die kostenfressenden Leuchtturmprojekte aufgibt.

DIE LINKE setzt sich für den gemeinsamen Kampf um Gleichberechtigung und Gleichstellung ein.

DIE LINKE ist gegen eine Aufteilung der Menschen in „echte“ und zugewanderte Deutsche, in EU-Bürger mit mehr Rechten als Einwohner aus anderen Ländern, die schon Jahrzehnte hier leben und arbeiten.

DIE LINKE lehnt eine „Leitkultur“ ab. Diese sogenannte „Leitkultur“ ist ein Kampfbegriff, um andere Kulturen zu unterdrücken. Wir wollen eine Gesellschaft, in der rechtliche und soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt und entwickelte demokratische Verhältnisse für alle die Grundprinzipien sind.

DIE LINKE tritt ein: für ein Wahlrecht für alle, die ihren Lebensmittelpunkt in der BRD haben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf alle Nicht-EU-BürgerInnen.

Die LINKE will, dass der Integrationsrat in allen die Integration berührenden Fragen von Politik und Verwaltung gehört werden muss und Empfehlungsrecht bekommt wie die Ratsausschüsse.

DIE LINKE setzt sich ein für ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumlichen Ghettos gezielt verhindert.

DIE LINKE fordert: die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze.

DIE LINKE will ein zusätzliches Förderangebot für Kinder mit Migrationshintergrund in Grundschulen.

DIE LINKE setzt sich ein: für eine Bedarfserhebung und entsprechenden Ausbau des Angebots an KITA-Plätzen.

DIE LINKE will: eine interkulturelle Kompetenz an Schulen und in Kindergärten, sie setzt sich ein für eine frühkindliche Sprachförderung unter Einbindung der Eltern.

DIE LINKE fordert: dass bei Neueinstellungen in der Verwaltung entsprechend der Zusammensetzung der Bevölkerung Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt werden.

6. Kultur, Sport und Freizeit

Seit langem verschlechtert sich Dortmunds kulturelles Image. Das Klima von Großzügigkeit und Unabhängigkeit, das nicht nur Künstler, die sonst in die europäischen Metropolen flüchten, auch nach Dortmund zog, hat bereits begonnen, sich zu zersetzen. Ohne Not bemühen sich einflussreiche Politiker aus SPD und CDU Kultur in ihrem Sinne zu besetzen, als wäre Kultur ein Indianerreservat. Kultur ist keine Nische, in der Kulturliebhaber, Schöngeister und Künstler die Richtlinien und Trends bestimmen. Kultur, so hat es sich unter Politikern und Industriellen des Ruhrgebiets herumgesprochen, verschafft gesellschaftliches Ansehen und Renommee, ist im Wert gestiegen als Anlage und Investitionsfaktor. So als gäbe es wertvolle Rohstoffe in diesem Reservat, erscheint Kultur auf den geschäftlichen und kommunalen Rechnungen und wird nicht mehr den „Wilden“ überlassen.

Das Geld ist knapp in Dortmund. Nicht nur kommunale Liegenschaften werden angeboten. Auch die Kultur kann jetzt von privater Hand erworben werden. Mäzene und Sponsoren aus der Wirtschaft werden gesucht. Politische Bestrebungen, die Kultur für eine Elite wieder von der Kultur für den Normalverbraucher zu trennen, sind keine Alternative zu den über Jahre gewachsenen Alternativen, die in Dortmund längst zu einem Fundament für lebendige und flexible Kultur geworden sind. Man kann diese Kultur nicht an die Wirtschaft vermieten, wie es Sportveranstalter mit den Banden ihrer Fußballplätze tun. Die Mitwirkung privater Hände bei der Förderung von Kultur kann nicht an Umsatz und Einkommen bemessen werden. Sie ist wie bei den anderen Bürgern, die sich durch Leistungen und Engagement am kulturellen Leben beteiligen, Teilhabe an einem Prozess, der Werte schöpft. Die hervorgebrachten Ergebnisse sind Gemeinnutz. Sie lassen sich nicht vereinnahmen und teilen, wenn man ihre Substanz nicht zerstören will.

Um Kultur ihre beraubte Fähigkeit von „wilder Kreativität“ zurückzugeben, muss im Zusammenwirken von Schöpfern, Förderern und Organisationen der Kulturwirtschaft ein freiheitlicher Raum für Kultur geschaffen werden, der auch entsprechend zu finanzieren ist. Ein kulturpolitisches Konzept für Dortmund muss auf der kulturellen Entwicklung der Dortmunderinnen und Dortmunder aufbauen. Dies kann nicht nur die „Hochkultur“ in Dortmund sein, sondern sie muss Freiräume schaffen in denen sich „schöpferische Kräfte“ erst entwickeln können, um dann auch langfristig für Dortmund ein multikulturelles, freiheitliches Szenario zu entwickeln.

Es reicht nicht aus, hier nur die kulturelle Vernetzung der Kulturschaffenden zu betreiben, zwar mit teuren Beratern, bunten Flyern und netten Plakaten, aber ohne die notwendige finanzielle und räumliche Ausstattung. Kulturelle Inhalte sind schöpferisch-kreativ und benötigen eben keine Zieldefinition von Stadtentwicklungsgesellschaften und Kulturbüros.

Die Widerspenstigen und Ungebändigten, für Alteingesessene in der Stadt „die jungen Leute“, sind keine Vagantentruppe, sondern prägen als Mitbürgerinnen und Mitbürger das Bild der Stadt. Ohne dieses Potenzial verliert Dortmund seine Anziehungskraft. Förderung der öffentlichen Kultur heißt deshalb Bereitstellung von Freiraum, Bereitstellung von finanziellen Mitteln ohne inhaltliche Einflussnahme des politischen und wirtschaftlichen Establishments. Eine bunte, phantasievolle, kommunikative Stadt mit der Offenheit einer Metropole könnte Dortmund heißen.

DIE LINKE fordert: die Anerkennung der freien Kultur als notwendiges Angebot für Dortmunds Bürgerinnen und Bürger. Sie will die Gleichstellung der freien mit der institutionellen Kultur.

DIE LINKE will: die Finanzierung freier Kultur ohne Auflagen. Sie fordert Abgaben in Dortmund ansässiger Unternehmen für Kulturschaffende ohne inhaltliche Einmischung.

DIE LINKE tritt ein: für die kostenfreie Nutzung von Räumlichkeiten für Kulturschaffende. Sie will Selbstverwaltung vor Fremdverwaltung durch die Behörden. Raumbrachen sollen u. a. auch von Studentinnen und Studenten der angewandten und bildenden Künste für Projektarbeiten genutzt werden können.

DIE LINKE setzt sich ein: für die Stärkung der Quartierskulturlandschaft.

DIE LINKE fordert: die Verwaltung der Mittel für Kultur durch die Kulturschaffenden und in den Quartieren durch die Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE tritt ein: für die offene Nutzung der Medien durch die Kultur. TV, Radio, Internet, Printmedien.

DIE LINKE will: die Stärkung der Bildungsangebote im Bereich von Kultur für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE fordert: die Anerkennung freier Kulturarbeit als Erwerbstätigkeit. Sie will eine Erleichterung für Kulturschaffende im Bereich der Sozialabsicherung. (Künstler-sozialkasse).

DIE LINKE meint: Kulturangebote der freien und institutionalisierten Anbieter müssen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen erreichbar sein.

Sport und Freizeitmöglichkeiten

Sport- und Freizeiteinrichtungen sind notwendig für Erholung und Entspannung. Die Betätigungen in Sport- und Freizeiteinrichtungen bewirken neben der Erhaltung und Förderung der Gesundheit auch Gemeinschaft mit anderen und hat integrative Funktionen. Wir wehren uns gegen eine Privatisierung städtischer Sporteinrichtungen, insbesondere von Sporthallen und Schwimmbädern, diese müssen Schulen und Vereinen in ausreichendem Umfang gebührenfrei zur Verfügung stehen. Der Zugang zu öffentlichen Sportstätten und Schwimmbädern muss jedem möglich sein.

DIE LINKE fordert: ein kommunales Programm zum barrierefreien Umbau aller Sportanlagen

DIE LINKE fordert insbesondere für Kinder aus sozial benachteiligten Familien freien Eintritt.

Sportliche Betätigung leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit, Gemeinschaft und kulturellen Teilhabe. Von einfachen Übungen im Vorschulalter und dem Schulsport über sportliche Betätigung während der Berufsjahre bis hin zu qualifizierter Bewegung im Alter. Deshalb gilt unser Hauptaugenmerk auch dem Breitensport, insbesondere dem Kinder- und Jugendsport. Die Stadt steht in der Verantwortung, die Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, ohne dass Sportvereinen durch Gebühren Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Sportvereine leisten eine wichtige Arbeit bei der Integration sowohl von sozial Benachteiligten als auch von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft. Sie sind damit auch ein gutes Mittel zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention, in das sich jede Investition lohnt.

DIE LINKE lehnt es ab: dass Vereine Gebühren für die städtischen Sporteinrichtungen bezahlen müssen.

Darum sind auch Sportvereine, -gruppen und -initiativen insbesondere mit einem hohen Anteil von Kindern, Jugendlichen und/oder einkommensarmen Mitgliedern kontinuierlich materiell und finanziell zu fördern. Auch dopingfreier Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben hat seine Daseinsberechtigung. Entsprechende Sportstätten für Leistungssportler sowie Talentförderung sind auch uns ein Anliegen. Hier gilt ebenfalls: Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle. Aber auch ein barrierefreier Zugang für Menschen mit Behinderung.

DIE LINKE fordert: den Erhalt und Ausbau kommunaler Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen, insbesondere den Erhalt kommunaler Schwimmbäder.

DIE LINKE will: finanzielle Vergünstigungen für einkommensarme Familien (im Bereich der Eintrittsgelder und Mitgliedsbeiträge).

DIE LINKE fordert: frei zugängliche Familien-, Single- und Jugendsportveranstaltungen durch das Sportamt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein: dass auch nicht in Vereinen organisierten Menschen Zugang zu allen Arten von Sportstätten haben.

7. Umweltpolitik von A bis Z

Atomtransporte

Rund um Dortmund fahren Castoren mit radioaktivem Material in Richtung der Urananreicherungsanlage im münsterländischen Gronau. Bei einem Unfall droht Lebensgefahr. Das transportierte Uranhexafluorid kann bei Kontakt mit Wasser zu hochgiftiger Flusssäure werden.

DIE LINKE fordert: eine Einstellung der Atomtransporte.

DIE LINKE will: dass die Anlage in Gronau wie auch alle anderen Anlagen der Atomindustrie geschlossen werden. Sie arbeitet eng mit den dortigen Bürgerinitiativen zusammen.

Energiepolitik

DIE LINKE tritt für eine Demokratisierung der Energieversorgung ein. Die DEW gehört zu 53% der Stadt Dortmund und zu 47% der RWE. Wir wollen die DEW rekommunalisieren. Eine Finanzierung ist durch einen Teilverkauf von RWE-Aktien, die von den Dortmunder Stadtwerken gehalten werden, möglich. Die DEW soll den Anteil des selbst erzeugten Stroms erhöhen. Diese Versorgung soll dezentral aufgebaut werden, um die Leitungsverluste beim Transport zum Kunden zu minimieren und so einen hohen Wirkungsgrad zu erhalten.

DIE LINKE will: die regenerativen Energieformen fördern und Atomkraft sowie fossile Brennstoffe zurückdrängen. Der Anteil der regenerativen Energien bei der DEW liegt bei 13 Prozent. Ein Großteil wird durch die Verbrennung von Grubengas und Klärgasen gewonnen. 13% – geringer als der Bundesdurchschnitt – sind zu wenig. Der Einsatz regenerativer Energieformen muss steigen. Die umweltfreundliche Fernwärme soll ausgebaut werden, um einen Versorgungsgrad über 50% zu erreichen. Dezentrale Gaskraftwerke und Blockheizkraftwerke erzielen bessere Wirkungsgrade als Großkraftwerke.

Wir fordern den Stopp des Neubaus von Kohlekraftwerken. Kleine Einheiten können flexibler auf wechselnde Bedarfe reagieren. Eine Möglichkeit für eine Energiewende in Dortmund bietet die Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen. Die Westfalahallen erzeugen bereits heute einen Teil ihrer Energie über die Aufstellung von Solaranlagen. Die Hausdächer der stadteigenen Wohnungsgesellschaft DOGEWO bieten ein großes Potenzial für Sonnenenergie und für dezentrale Windkraftanlagen. Bei neuen Baugebieten sollte auf die Umsetzung des Passivhausstandards geachtet werden.

Auch in der Altbausubstanz sollen die Verbesserung der Energiebilanz, dezentrale Ver- und Entsorgungssysteme und regenerative Energieträger weiter gefördert werden.

DIE LINKE fordert: den Ausbau der Kompostanlage der EDG in Wambel zu einer Methanisierungsanlage zur Gewinnung von Bio-Gas.

DIE LINKE setzt sich für die Einführung einer ~~€~~Schule für Zukunftsenergien~~€~~ am Berufskolleg ein, damit junge Dortmunderinnen und Dortmunder sich für den Einsatz in diesen neuen Technologien qualifizieren können.

Feinstaub

Dortmund hält seit Jahren einen traurigen Rekord: Es belegt die vorderen Plätze der Negativliste des Landesumweltamtes. Die Luft hier ist eine der schlechtesten im ganzen Bundesland. Die EU hat in einer Studie festgestellt, dass durch Feinstäube in Deutschland ähnlich viele Menschen zu Tode kommen wie durch das Rauchen.

DIE LINKE fordert: eine autofreie Innenstadt. Ein Angebot durch ÖPNV und kostenfreie Park- and Ride-Plätze können die autofreie Innenstadt für alle leicht erreichbar machen. Aus dem Wall kann so eine kreisförmige Flaniermeile mit Cafes, Diskotheken, Straßentheatern, Ateliers und anderem werden.

Freiräume erhalten und schaffen

Dortmund ist die Großstadt mit dem höchsten Grünflächenanteil in der Bundesrepublik. Das ist gut so. DIE LINKE fordert, dass das so bleibt. Deshalb soll der Flächenfraß für Verkehr, Wohnungsbau und Gewerbe sofort und dauerhaft auf Null reduziert werden. Das ist möglich, ohne Nachteile für die Stadtentwicklung. Denn der Niedergang der alten Industrien hat viele Industriebrachen hinterlassen. Wir fordern, dass diese Flächen saniert und neuer Nutzung zugeführt werden. Dazu sind nach dem Verursacherprinzip die ehemaligen Nutzer heranzuziehen.

Schützenswerte Flächen im Stadtgebiet sollen konsequent als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Bestehende Schutzgebiete sind zu vernetzen und durch stadttökologische Maßnahmen zu verbessern (Beispiel: das Naturschutzgebiet Groppenbruch und der renaturierte Herrentheyer Bach).

Die Frischluftzufuhr in dicht besiedelte Wohngebiete muss gesichert bleiben. Neubauten müssen stadttökologischen und kleinklimatischen Anforderungen genügen, die in der Bauleitplanung festzuschreiben sind.

DIE LINKE fordert: keine Bebauung des Rahmer Waldes.

DIE LINKE fordert: kein interkommunales Gewerbegebiet Groppenbruch.

Grünes Band Dortmund-Ost

DIE LINKE tritt für ein Natur- und Freizeitgebiet Dortmund-Ost ein. Dazu sollen die bestehenden Gebiete Wickeder Ostholz, Wickeder Westholz, Buschei/Alte Körne, Kurler Busch bis hin zum Lanstroper See durch Aufforstung und Landschaftspflegemaßnahmen sinnvoll miteinander verbunden werden.

Wasserqualität

Im Dortmunder Trinkwasser sind bedenkliche Werte der gesundheitsschädigenden und biologisch nicht abbaubaren Industriechemikalie PFT, von Epilepsiemedikamenten, Röntgenkontrastmitteln und der medizinisch bislang unerforschten Chemikalie Toso gefunden worden. Die Linke fordert die Sanierung der Wasseraufbereitung aus Möhne und Ruhr, damit das Dortmunder Trinkwasser wieder bedenkenlos verwendet werden kann. Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt.

8. Verkehrspolitik von A bis Z

Binnenschifffahrt statt LKW- und Flugverkehr

DIE LINKE steht zur Bedeutung des Dortmunder Hafens als kommunales Logistikunternehmen.

DIE LINKE fordert: einen Ausbau des umweltfreundlichen Frachtverkehrs über die Wasserstraßen. Eine bauliche Aufwertung des Hafengebietes mit Gaststätten, Diskotheken und Restaurants ist sinnvoll. Touristisches Flair und Atmosphäre können so entstehen.

Fahrradfreundliches Dortmund

Fahrradfahrer haben es in Dortmund immer noch schwer. Dabei handelt es sich um das umweltfreundlichste Verkehrsmittel überhaupt. Insbesondere im Innenstadtbereich sind die Entfernungen so gering, dass das Fahrrad das Verkehrsmittel der Wahl wäre.

DIE LINKE fordert: mehr und besser benutzbare Radwege und Radfahrstreifen (Weg mit den Buckelpisten!), mehr und besser gesicherte Abstellanlagen, Fahrradboxen an zentralen ÖPNV-Haltestellen, damit alle Bürgerinnen und Bürger bedenkenlos auf das Fahrrad steigen können.

Flughafen

Der Dortmunder Flughafen sollte ursprünglich ein reiner Geschäftsflughafen sein. Im Laufe der letzten Jahre ist er zu einem Touristikflughafen ausgebaut worden. Dies ging nur, weil Billigfluglinien, die durch Dumpingpreise bei den Start- und Landegebühren angelockt wurden. Jährliche Kosten: rund 20 Millionen Euro an Subventionen durch die Dortmunder Stadtwerke und deren Tochterunternehmen. Die derzeitigen Planungen laufen auf die Etablierung eines Großflughafens mitten in den eng bebauten Wohnflächen des Dortmunder Südens hinaus. Oft wird das Argument der Arbeitsplätze gebraucht. Tatsache ist: Der Flughafen bietet nicht mehr Arbeitsplätze als andere Logistikunternehmen von vergleichbarem Investitionsumfang.

DIE LINKE fordert: einen Rückbau des Flughafens auf einen Geschäftsflughafen €seinen eigentlichen Infrastrukturauftrag.

DIE LINKE ist gegen eine Ausweitung der Betriebszeiten, gegen den Ausbau der Landebahn.

DIE LINKE fordert: kein Ausbau des Flughafens im Bereich des Frachtverkehrs. Fracht gehört auf die Schiene und auf die Wasserstraßen.

DIE LINKE will, dass beim Rückbau des Flughafens zum Geschäftsflughafen die Beschäftigten in andere kommunale Unternehmen übernommen werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Mobilität ist auf dem Arbeitsmarkt gefordert. Kinder müssen in den Kindergarten gebracht werden. Schülerinnen und Schüler müssen zur Schule. Alte Menschen müssen teilhaben können am städtischen Leben. Das gilt natürlich ebenso für den Fahrdienst für behinderte Menschen. Arbeitslose Menschen müssen zu Ämtern und zu Bewerbungsgesprächen. Mütter mit ihren Kindern müssen zum Arzt. All diesen Menschen und noch vielen mehr ist gemeinsam, dass sie auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind, auf sein Funktionieren und vor allem auf seine Kostenfreiheit. Der ÖPNV ist gegenüber dem Autoverkehr als vorrangig zu behandeln.

DIE LINKE sagt: Der ÖPNV muss in öffentlicher Hand bleiben. Er ist der Garant für die Teilhabe am öffentlichen Leben.

Die LINKE fordert: einen flächendeckenden Ausbau des ÖPNV in einem 10-Minutentakt. Der ÖPNV muss kostenfrei werden, damit für alle Bürger Mobilität gewährleistet ist. DIE LINKE fordert: eine autofreie Innenstadt. Voraussetzung dafür sind Park- und Ride-Plätze, die für eine Anbindung des Autoverkehrs an das Bus- und Bahnnetz sorgen.

DIE LINKE will, dass Bus und Bahn vollständig barrierefrei sind.

DIE LINKE fordert: die Anschaffung von Bussen mit Klapprampen, die flächendeckende Errichtung von Buscaps und den Bau von barrierefreien Haltestellen.

DIE LINKE setzt sich ein: für unterirdische Haltestellen mit Aufzügen und Blindenleitsystemen sowie für Fahrzeuge mit funktionierenden optischen und akustischen Haltestellensignalisierungen.

DIE LINKE will: das Sozialticket erhalten. Das Sozialticket muss es auch für Menschen mit Niedrigeinkommen geben. Das Sozialticket muss es zum Nulltarif geben.

DIE LINKE fordert: eine Renovierung und barrierefreien Umbau des Dortmunder Bahnhofes. DIE LINKE meint auch: Ein Bahnhof ist Verkehrsknotenpunkt, kein Einkaufszentrum.

Straßenbauprojekte Instandhaltung statt Neubau und Verwahrlosung

Dortmunds Straßen sind in einem schlechten Zustand. Statt auftretende Schäden rasch und deshalb kostengünstig zu beseitigen, wird häufig erst nach Jahren teuer neu aufbereitet. Gleichzeitig wird in fragwürdige Straßenneubauten investiert.

DIE LINKE fordert: ein einheitliches und verbindliches Gestaltungskonzept für Straßen in Dortmund ein. Dieses soll eine barrierefreie und optisch einheitliche Gestaltung aller Straßen in Dortmund sicherstellen und immer dann Anwendung finden, wenn Straßen durch die Stadt oder durch private Auftragnehmer neu angelegt oder instand gesetzt werden. In dieses Konzept sollten die in Dortmund entwickelten sogenannten ~~€~~ Doppelquerungsstellen und weitere Ausbaumerkmale wie Blindenleitsystem, einheitliche Bordsteinhöhen, Gestaltungsmerkmale für PKW-Stellplätze, Buscaps etc. einbezogen werden.

Beispiel OWIIIa

Die OWIIIa führt vom Borsigplatz nach Asseln. Vierspurig wird sie nur im Umfang einer Landstraße genutzt, sorgt für Lärm, Abgase und leitet den Verkehr zum überlasteten Borsigplatz. Ein Weiterbau nach Unna und Anschluss an die A1 würde dies verschlimmern und die letzte größere Freifläche im Dortmunder Osten zwischen Asseln/Wickede und Husen-Kurl zerschneiden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von Asseln und Wickede würden so zudem zwischen einer autobahnähnlichen Schnellstraße und dem Flughafen eingeklemmt.

DIE LINKE ist gegen einen Weiterbau der OWIIIa.

Beispiel Tunnelbau unter der B1

Der Tunnelbau unter der B1 entlastet langfristig die Anwohner. An der Ausfahrt Semerteichstraße sind allerdings Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen zu gering dimensioniert.

DIE LINKE fordert: bessere Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen.

Beispiel Wittener Straße

Auf der Wittener Straße gibt es ein vermehrtes LKW-Aufkommen. Grund ist die Autobahnmaut. Spediteure vermeiden rund 30 km Autobahn und rollen durch die Wohngebiete.

DIE LINKE fordert: eine Sperrung der Wittener Strasse für den LKW-Durchgangsverkehr.

9. Über den Kapitalismus hinaus

Gemeinsam wollen wir dafür streiten, „dass der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist“. Das formuliert DIE LINKE in ihren programmatischen Eckpunkten. Auch in der kommunalen Arbeit will DIE LINKE diesem Anspruch gerecht werden. Deshalb will sie dazu beitragen, in der Bevölkerung das Bewusstsein der Notwendigkeit eines grundlegenden Politikwechsels zu verbreiten. Eine starke Linke und eine aufgeklärte Bevölkerung schaffen den Politikwechsel.

Wir streiten für eine Gesellschaft, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Freiheitsgütern, die dies erst ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe aller an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen. Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx).

